

Verband binationaler Familien und Partnerschaften, iaf e.V.
Ludolfusstraße 2-4 · 60487 Frankfurt



VERBAND BINATIONALER FAMILIEN
UND PARTNERSCHAFTEN, iaf e.V.

Bundesgeschäftsstelle
Landesgeschäftsstelle Hessen
Ludolfusstraße 2-4
60487 Frankfurt | Main

Fon ++ 49.(0)69.713756-0

Fax ++ 49.(0)69.7075092

Mail verband-binationaler@t-online.de

Net www.verband-binationaler.de

Frankfurt am Main, 31.01.2006

Stellungnahme

zum Gesetzentwurf der Bundesregierung vom 03.01.2006 betreffend die Umsetzung aufenthalts- und asylrechtlicher Richtlinien der Europäischen Union

Auf ca. 120 Seiten stellt die Bundesregierung ihre Änderungen zum Zuwanderungsgesetz vor, das seit dem 01.01.2005 in Kraft ist. Europäische Richtlinien, die es umzusetzen gilt, machten die Novellierungen des recht jungen Gesetzes insbesondere im Aufenthaltsgesetz, im Freizügigkeitsgesetz/EU sowie im Asylverfahrensgesetz erforderlich.

Im folgenden beschränken wir uns auf die Änderungsvorschläge, die sich auf den Abschnitt 6 des Aufenthaltsgesetzes beziehen „Aufenthalt aus familiären Gründen“ (§ 27 – § 36), da wir in unserer Arbeit im Verband am stärksten mit diesen Regelungen beschäftigt sind.

Die Neuregelungen zum Familiennachzug sind von Misstrauen geprägt

Weitreichende Änderungen sind in den Grundsätzen des Familiennachzugs zu finden, die bereits im Vorfeld, vor der Bekanntgabe des Gesetzentwurfs für Unruhe und Protest in vielen Organisationen und Institutionen führten. Sie stellen eine nicht hinzunehmende Verschlechterung der geltenden Rechtslage dar.

a) Gegen „Scheinehen“ mit rechtlichen Einschränkungen

Die Grundsätze des Familiennachzugs sind in § 27 geregelt. Es soll der Absatz 1 a eingefügt werden, in dem ein Nachzug nur zugelassen wird, „wenn die Ehe nicht ausschließlich zu dem Zweck geschlossen wurde, dem nachziehenden Ehegatten die Einreise und den Aufenthalt im Bundesgebiet zu ermöglichen.“

In der Begründung zum Gesetzentwurf wird ausgeführt, dass mit der Normierung dieses Ausschlussgrundes beabsichtigt wird, das Eingehen von Scheinehen vermeiden zu wollen, die insbesondere auch geschlossen werden, um ausländische Frauen zur Prostitution zu zwingen. Damit würde gleichzeitig Zwangsprostitution bekämpft werden.

Dieser zusätzliche Absatz gießt die bisherige Verwaltungspraxis in eine Gesetzesnorm und führt faktisch zu einer Umkehr der Beweislast. Er legitimiert und forciert das generelle Misstrauen gegenüber Eheschließungen mit einem Partner außerhalb der Europäischen Union.

Die Behörden haben bei jedem Familiennachzug zu prüfen, ob alle Voraussetzungen hierfür gegeben sind. Mit diesem zusätzlichen Absatz werden sie sozusagen verpflichtet, die Motive generell zu eruieren, die der Eheschließung zugrunde liegen. Damit stehen Ehen mit Auslandsberührung nicht mehr wie bisher „nur“ unter Verdacht, zum Zweck der Einreise und Aufenthaltserlaubnis geschlossen zu werden, sondern *es wird generell davon ausgegangen*, dass diese Ehen nur aus diesem Grund zustande kommen.

Bereits die bisherige Verwaltungspraxis verstößt gegen grundgesetzlich garantierte Rechte, wie das unveräußerliche Persönlichkeitsrecht (Art. 1 Abs. 1 GG) und das Grundrecht auf Schutz von Ehe und Familie (Art. 6 Abs. 1 GG).

Der Gesetzentwurf in § 27 Abs. 1a ignoriert diese Grund- und Menschenrechte und setzt sie für eine bestimmte Personengruppe außer Kraft bis die Behörde festgestellt hat, dass die Eheschließung nicht nur der Einreise und des Aufenthalts im Bundesgebiet dient. Damit wird die Entscheidung einer Behörde, die

mangels objektiver Kriterien immer eine Ermessensentscheidung der jeweiligen Mitarbeiter/-innen darstellt, über grundgesetzlich garantierte individuelle Rechte gestellt.

Darüber hinaus ist das Ausforschen von Motivationen in einem sehr privaten Bereich der Lebensführung eine widerrechtliche Anmaßung staatlicher Behörden, die dem Recht auf freie Partnerwahl widerspricht. Die Begründung, dass dieses Vorgehen dem Schutz frauenrechtlicher Belange diene, ist nicht überzeugend. Vielmehr richtet sich der Gesetzentwurf zur Mehrheit *gegen* Frauen, deren Privat- und Intimsphäre generell zur Disposition gestellt wird. Zwangsprostitution ist ein strafrechtlich relevanter Akt gegen Frauen, die hierbei die Opfer sind. Der Familiennachzug ist dagegen eine Willensentscheidung und basiert auf zivilrechtlicher Grundlage. Zwangsprostitution lässt sich nicht eindämmen, indem Ehen mit Auslandsberührung kriminalisiert werden.

b) Verschärfung des Nachzugs durch eine Altersfestsetzung

Der Familiennachzug zu Deutschen ist gesondert in § 28 geregelt. Es wurden jedoch zwei Voraussetzungen, die für den Nachzug zu Ausländern gelten und neu vorgesehen sind, aus dem § 30 übernommen. Danach soll der Nachzug zu Deutschen ebenfalls nur möglich sein, wenn das Paar mindestens 21 Jahre alt ist und der Nachziehende Deutschkenntnisse nachweisen kann. Nur in Härtefällen kann von der Nachzugsfrist von 21 Jahren abgewichen werden.

Mit der Einführung des Mindestalters von 21 Jahren sollen Zwangsehen verhindert werden. Durch die Verpflichtung, sich vor der Einreise Deutschkenntnisse anzueignen, soll die Integration im Bundesgebiet erleichtert werden.

Als interkultureller Familienverband haben wir uns bereits in mehreren Stellungnahmen gegen die vorgesehenen Restriktionen im Ehegattennachzug ausgesprochen.

Die Einführung einer Altersfrist von 21 Jahren ignoriert die in Deutschland und in den meisten Ländern der Erde bestehende Volljährigkeit von 18 Jahren. Junge Menschen können zwar heiraten, aber nicht zusammen leben – eine Regelung, die zudem in weiten Teilen diesem Gesetz widerspricht, dass ja von Verheirateten das Führen einer ehelichen Lebensgemeinschaft ausdrücklich verlangt und diese meist als häusliche interpretiert. Weiterhin führt diese Regelung eine Wartefrist für Jungverheiratete ein bzw. zwingt sie z.B. auf einen Nachbarstaat von Deutschland auszuweichen – so wie wir dies in Dänemark beobachten können: nicht wenige Dänen umgehen die dortige Altersfestsetzung mit einer Niederlassung in Schweden. Die vorgesehene Regelung, bei gemeinsamen Kindern von dieser Altersbeschränkung abweichen zu können, begünstigt – so richtig diese Härtefallregelung im Grundsatz ist – eine Familiengründung zum Zweck der gemeinsamen Lebensführung, was im Fall einer erzwungenen Eheschließung eine zusätzliche Gewalt gegen die betroffenen Frauen darstellt.

Schon oft haben wir die enge Verknüpfung von privaten und familiären Entscheidungen, die den Individuen zu überlassen sind, mit aufenthaltsrechtlichen Regelungen kritisiert. Im § 30 wird diese Verknüpfung noch unterstützt. Damit wird möglicher familiärer Zwang durch staatliche Auflagen verstärkt anstatt ihm entgegen zu wirken.

Derartige Restriktionen sind völlig unbrauchbar, um Zwangsehen einzudämmen, die sehr viel stärker in Zusammenhang mit patriarchalischen Strukturen als mit dem Alter der Frauen und Männer zu sehen sind. Die Personengruppe der in Deutschland geborenen und/oder aufgewachsenen Migrantinnen, die in den Herkunftsländern ihrer Eltern zwangsweise verheiratet werden, um dort zu leben, wird von dieser Regelung beispielsweise überhaupt nicht erfasst.

c) Deutschkenntnisse – eine weitere Hürde beim Nachzug

Der Ehegattennachzug soll zukünftig an den Nachweis von Deutschkenntnissen geknüpft werden (§ 30 Abs. 1 Nr. 2):

Deutschkenntnisse sind selbstverständlich notwendig, um in Deutschland ein selbstbestimmtes Leben führen sowie Möglichkeiten des Arbeitsmarktes in Anspruch nehmen zu können. Dies ist völlig unbestritten. Und jede/r Migrant/-in wird berichten können, dass das Erlernen einer bisher fremden Sprache in einem Prozess erfolgt, der selbst nach Jahren noch nicht abgeschlossen ist. Der beste Lernort ist dabei das Land selbst, so dass im alltäglichen Umgang mit der Nachbarschaft, am Arbeitsplatz, mit Behörden, durch Fernsehen und Rundfunk erworbene Kenntnisse in Kursen direkt angewandt, verfeinert und eingeübt werden. Dies alles ist allgemein bekannt.

Es ist daher sinnvoll, das Erlernen der deutschen Sprache im Bundesgebiet zu organisieren und zu unterstützen, wie es das Zuwanderungsgesetz ja auch vorsieht. Auch Gründe, die in den verschiedenen Ländern liegen sprechen dafür. Es kann nicht davon ausgegangen werden, dass die Bedingungen zum Erlernen der deutschen Sprache in allen Ländern dieser Erde gleich sind. Zudem kann nicht vorausgesetzt werden, dass jede/r Ehegatte/Ehegattin die gleichen Möglichkeiten hat, deutsch zu lernen. In vielen Ländern werden Deutschkurse, wenn überhaupt, nur in den größeren Städten angeboten. Solche Angebote erreichen meist nicht die Landbevölkerung bzw. die Kleinstädter. Zudem ist das Erlernen einer Fremdsprache außerhalb des alltäglichen Umgangs damit an individuelle Bildungsvoraussetzungen gekoppelt. Der Nachweis von Deutschkenntnissen *vor* der Einreise als Familienangehöriger kommt damit einer sozialen Selektion gleich und stellt eine staatliche Einmischung in die Partnerwahlentscheidung dar, die entschieden zurück gewiesen werden muss.

Integration findet in den Familien statt z.B. in vielen Familien, in denen hauptsächlich deutsch gesprochen wird. Und Integration findet in den deutschen Kommunen statt. Sie steht auch in Abhängigkeit von den Möglichkeiten, die dieses Land den Nachziehenden bietet. Je besser eine Kommune Nachziehende aufnimmt, diese willkommen heißt und dies auch in Gesten sowie konkreten Angeboten ausdrückt, um so eher entstehen nachbarschaftliche Kontakte und Möglichkeiten in Deutsch zu kommunizieren.

Die vorgesehenen Restriktionen betreffen auch Staatsbürger/innen aus so genannten privilegierten Ländern, z.B. USA, Kanada oder Japan, auch wenn diese bei den Überlegungen zur Gesetzesnovellierung sicherlich nicht im Blick waren. Sollen auch sie Deutschkenntnisse nachweisen? Damit sind Auswirkungen auf die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Deutschland zu befürchten.

Wir haben den Eindruck, dass die Einführung dieser Regelung nicht gut durchdacht ist. Sie entstand im Umfeld der breiten Diskussion um die Aufdeckung bzw. Verhinderung von Zwangsehen. Der Nachweis von Deutschkenntnissen wird weder die Anzahl von Zwangsehen reduzieren noch die Integration fördern: der Druck auf junge Frauen (und Männer) wird sich durch diese Regelung eher noch erhöhen. Dies kann nicht im Sinne des Gesetzgebers sein.

Abschließend weisen wir darauf hin, dass der Nachzug eines Ehegatten einen Rechtsanspruch darstellt gemäß Artikel 6 Grundgesetz sowie Artikel 8 der Europäischen Menschenrechtskonvention. Diesen Rechtsanspruch an Deutschkenntnisse zu koppeln ist absurd und verletzt zudem die Vorgaben der Richtlinie 2003/86/EG des Rates betreffend das Recht auf Familienzusammenführung. In Artikel 7 Abs. 1 die-

ser Richtlinie werden abschließend die Voraussetzungen genannt, die ein Mitgliedstaat an den Familiennachzug knüpfen kann. Dies sind Wohnraum, Krankenversicherung und finanzielle Einkünfte – nicht Sprachkenntnisse des jeweiligen Landes! Art.7 Abs. 2 führt aus, dass die Mitgliedstaaten die Teilnahme an Integrationsmaßnahmen verlangen können. Dieser Vorgabe wurde bereits durch die Aufnahme der Integrationskurse (§ 43 AufhG ff.) Rechnung getragen, die nach der Einreise für bestimmte Personengruppen verpflichtend vorgesehen sind. Den Nachweis von noch so geringen Deutschkenntnissen als weitere Voraussetzung für den Nachzug vorzusehen, steht somit nicht im Einklang mit der Familienzusammenführungsrichtlinie.

Der Gesetzgeber ist aufgefordert, sich an die Vorgaben des Gemeinschaftsrechts zu halten und den Nachweis von Deutschkenntnissen an dieser Stelle wieder herauszunehmen.

d) Normierung der Geltungsdauer der Aufenthaltserlaubnis ist unzureichend:

Der gleiche § 27 soll einen neuen Absatz 4 bekommen. Dieser schreibt die Geltungsdauer der Aufenthaltserlaubnis des Nachziehenden fest und orientiert sich dabei an jener zu dem der Nachzug stattfindet.

Die Aufenthaltserlaubnis soll hiernach erst einmal für mindestens ein Jahr erteilt werden, es sei denn, dass der bereits im Bundesgebiet lebende Familienangehörige über einen kürzeren Aufenthaltsstatus verfügt oder der Pass bzw. Passersatz des Nachziehenden eine kürzere Geltungsdauer hat.

Mit dieser Regelung wird ebenfalls eine oft anzutreffende geltende Verwaltungspraxis gesetzlich normiert. Inwieweit die Ausländerbehörden hiernach auch tatsächlich die Normierung auf mindestens ein Jahr als Standard ansehen, der nicht unterschritten werden soll, jedoch überschritten werden darf, bleibt abzuwarten. So ist in der Gesetzesbegründung ausgeführt, dass z.B. Ehegatten von Deutschen durchaus auch eine längere Aufenthaltserlaubnis erhalten können. An dieser Stelle vermissen wir eine entsprechende gesetzliche Normierung. Unser Verband macht nämlich immer wieder die Erfahrung, dass Mitarbeiter/-innen in Ausländerbehörden gesetzliche Vorgaben eher restriktiv interpretieren, wenn nähere Angaben fehlen. Sollte der Gesetzgeber jedoch hierzu keine weitere Klärung vornehmen, so ist eine entsprechende Klarstellung, wann die Geltungsdauer der Aufenthaltserlaubnis ein Jahr überschreiten darf, in den Verwaltungsvorschriften zwingend aufzunehmen.

Nachzug zu GFK-Flüchtlingen weiterhin mit Einschränkungen vorgesehen

Der Familiennachzug zu Ausländern ist in § 29 Aufenthaltsgesetz geregelt. Nach der bestehenden Regelung kann in Absatz 2 auf den Nachweis der Sicherung des Lebensunterhalts sowie ausreichenden Wohnraums verzichtet werden, wenn ein Flüchtling, der nach der Genfer Flüchtlingskonvention anerkannt ist, seinen Ehegatten bzw. seine minderjährigen Kinder nachziehen lassen will.

Der vorliegende Gesetzentwurf legt gesetzlich fest, dass stets von diesen Nachweisen abzusehen ist,

- *wenn ein Antrag auf einen Aufenthaltstitel für den Ehegatten bzw. die minderjährigen Kinder innerhalb drei Monate nach der unanfechtbaren Anerkennung des Flüchtlingsstatus erfolgte und*
- *die Herstellung der familiären Lebensgemeinschaft in einem Drittstaat, zu dem der Ausländer oder seine Familienangehörigen eine besondere Bindung haben, nicht möglich ist.*

Der vorliegende Entwurf stellt somit nicht mehr grundsätzlich die Unterhaltssicherung sowie den Wohnraumnachweis beim Familiennachzug zu GFK-Flüchtlingen in das Ermessen der Ausländerbehörde. Dies ist erst einmal positiv zu bewerten. Gleichzeitig werden zwei Einschränkungen vorgenommen, von denen die letztere wohl die einschneidende sein wird. Die Betroffenen können hiernach keine individuelle bzw. familiäre Entscheidung über den zukünftigen Wohnsitz treffen, sondern diese wird stets behördlich überprüft. Dabei bleibt unklar, nach welchen Kriterien die besondere Bindung festgestellt werden soll. Auch in der Begründung zum Gesetzentwurf sind keine Ausführungen hierzu zu finden.

Zumindest für Flüchtlinge, denen der Schutz dieses Staates gehört, ist das Grundrecht, mit ihren Familienangehörigen in Deutschland leben zu können, uneingeschränkt zu gewährleisten.

Verstärkung rechtlicher Abhängigkeiten vom Ehegatten

Die Regelungen in § 29 Abs. 5 sowie in § 31 Aufenthaltsgesetz werden zusammen besprochen, da sie beide den gleichen Tenor haben: der Gesetzgeber sieht die Nachgezogenen nur in Abhängigkeit von dem Angehörigen, zu dem der Nachzug erfolgte. Ein Nachgezogener erhält somit nicht mehr Möglichkeiten als der bereits im Inland Lebende innehat.

Nach § 29 Absatz 5 dürfen nachgezogene Familienangehörige nur dann erwerbstätig sein, wenn auch der Ehegatte, zu dem nachgezogen wurde, zur Erwerbstätigkeit berechtigt ist oder wenn die eheliche Lebensgemeinschaft seit zwei Jahren im Bundesgebiet besteht und der Ehegatte, zu dem nachgezogen wurde, eine auf Dauer angelegte Aufenthaltserlaubnis besitzt.

Der eigenständige Aufenthalt ist im § 31 Aufenthaltsgesetz geregelt. Er bleibt in seinen Grundzügen erhalten. Hiernach tritt der eigenständige Aufenthalt nach zwei Jahren ehelicher Lebensgemeinschaft im Bundesgebiet ein, vorausgesetzt es liegt eine Aufenthalts- bzw. Niederlassungserlaubnis vor.

Dies schließt der vorliegende Gesetzentwurf allerdings in den Fällen aus, in denen der Ausländer, zu dem der Ehegatte nachgezogen wurde, selbst nur eine vorübergehende Aufenthaltserlaubnis besitzt und keine auf Dauer angelegte.

Der Gesetzentwurf schließt Familienangehörige vom Arbeitsmarkt aus, die zu Ausländern nachgezogen wurden, die selbst über keinen Daueraufenthalt verfügen und keinen freien Zugang zum Arbeitsmarkt haben. Damit wird von vornherein festgelegt, dass diese Familie nur sehr eingeschränkte Möglichkeiten hat, sich gemeinsam etwas in Deutschland aufzubauen. Der Nachziehende steht in voller Abhängigkeit zu seinem bereits im Bundesgebiet lebenden Angehörigen. Ressourcen, die mitgebracht werden, seien es finanzieller und/oder bildungsmäßiger Art, bleiben unberücksichtigt und erhalten keine Chance, diese im Interesse der Familie gewinnbringend einzusetzen. Die Verstärkung der Familie durch eine weitere Person ignoriert der Gesetzgeber und vergibt damit Potentiale, die nicht immer gleich bei der Einreise sichtbar sind, sondern einen Rahmen benötigen, um sie zu entfalten.

Wir sind der Meinung, dass beide Novellierungsabsichten Einschränkungen darstellen, die unnötig sind. Vielmehr sollte auch der Nachziehende die Möglichkeit erhalten, unabhängig vom rechtlichen Status seines Ehegatten sein Leben zu gestalten und zu organisieren. Erkenntnisse und Erfahrungen aus der Praxis, die zu diesen Neuregelungen im Gesetz führten, sind uns nicht bekannt.

Rücknahme des Rechtsanspruchs ist unverständlich

Weiterhin wurde eine Novellierung notwendig aufgrund des Beschlusses des Bundesverfassungsgerichts vom 25.10.2005 zum Aufenthaltsrecht von Kindern. Die bisherige Fassung des **§ 33 Aufenthaltsgesetz** „Geburt eines Kindes im Bundesgebiet“ knüpfte die Erteilung der Aufenthaltserlaubnis an die Mutter und schloss dabei den Vater aus. Das Bundesverfassungsgericht sah diese Regelung nicht vereinbar mit dem Gleichheitsgebot Artikel 3 Abs. 3 Satz 1 Grundgesetz und forderte den Gesetzgeber auf, diesen Verstoß zu beheben.

Der vorliegende Entwurf schließt nun den Vater mit ein und sieht die Erteilung der Aufenthaltserlaubnis für das Kind in Abhängigkeit von seiner Mutter *oder* seinem Vater vor. Allerdings stellt er die Entscheidung hierüber in das Ermessen der Ausländerbehörde.

Der Gesetzgeber kommt zwar mit der Neuregelung dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts nach, wandelt aber die bestehende Anspruchsnorm in eine Ermessensregelung um. Es ist uns unverständlich, warum der Gesetzgeber mit der Einbeziehung des Vaters den bisherigen Rechtsanspruch herausnimmt. Begründet wird diese Umwandlung mit den besseren Steuerungsmöglichkeiten der Ausländerbehörden bei der Ausübung ihres Ermessens, so dass eine familiäre Betreuungsgemeinschaft besonders geschützt werden könne.

Wir sehen eher, dass die Berücksichtigung des Vaters vor allem den Vorgaben des Kindschaftsrechts und damit dem Kindeswohl entsprechen soll. Dabei ist es unerheblich, ob dem Vater das Sorgerecht zusteht oder er in familiärer Lebensgemeinschaft mit dem Kind lebt. Das Kindschaftsrecht normiert die Bedeutung beider Elternteile, überlässt diesen die Ausgestaltung des Sorge- bzw. Umgangsrechts und sieht hierin nicht nur ein Recht sondern vielmehr die Pflicht der Eltern. Insofern ist es im Interesse des Kindes, einen Aufenthalt zu erhalten, damit die Eltern-Kind-Beziehung aufgebaut und gepflegt werden kann. Dies stellt einen Rechtsanspruch des Kindes dar und gehört nicht in das Ermessen der Ausländerbehörde. Die Wiedereinführung des Rechtsanspruches ist somit zwingend geboten.

Nachzug zu unbegleiteten Minderjährigen wird möglich

Der § 36 „Nachzug sonstiger Familienangehörige“ soll einen zusätzlichen Absatz erhalten, in dem personenberechtigte Elternteile unbegleiteter Minderjähriger ohne Nachweis der Sicherung des Lebensunterhalts einen Rechtsanspruch auf den Nachzug ins Bundesgebiet erhalten.

Nach der geltenden Rechtslage war dies bisher nicht möglich und stellt somit eine Verbesserung für diese Personengruppe dar, die wir grundsätzlich begrüßen.

Wir bedauern jedoch, dass der Gesetzgeber offensichtlich keine Möglichkeit sah, den § 36 familienfreundlich zu gestalten, so dass zukünftig auch Angehörige, für die Verantwortung getragen wird, wie Eltern und/oder erwachsene Kindern, in das Bundesgebiet nachziehen können und ganz selbstverständlich als ein Teil der Familie gelten.

Abschließende Bewertung

Die Änderungsabsichten der Bundesregierung im Abschnitt 6 des Aufenthaltsgesetzes führen zu massiven Einschränkungen des Familiennachzugs zu Deutschen und Einwanderer/-innen in das Bundesgebiet. Dabei werden grundgesetzlich garantierte Rechte auf freie Partnerwahl sowie das Ehe- und Familienleben verletzt.

Sehr besorgniserregend empfinden wir die Haltung, die dem Gesetzentwurf zugrunde liegt. Es werden Beschränkungen aufgenommen, selbst wenn sie in der EU-Richtlinie nicht vorgesehen sind wie der Nachweis von Deutschkenntnissen, oder nur als Möglichkeit formuliert werden wie beispielsweise die Altersbegrenzung. Auch das im Grundsatz positive Urteil des Bundesverfassungsgerichts (die Berücksichtigung des Vaters in § 33) wird zum Nachteil umdefiniert: der Gesetzgeber nimmt bei der Umsetzung die Anspruchsnorm zurück.

Der vorgelegte Gesetzentwurf vermittelt den Eindruck, dass Misstrauen, eine Haltung der Abschottung und der unbedingte Wille zur Zuwanderungsbegrenzung Leitgedanken des Gesetzes sind. Vor allem bildungsferne Familien sollen „außen vor“ bleiben. Um dies zu erreichen nimmt die Bundesregierung menschen- und familienfeindliche Regelungen wissentlich in Kauf.

Auch Regelungen für Zuzugsbegrenzungen müssen jedoch die Rechte von Familien respektieren und entsprechend berücksichtigen, unabhängig ihrer sozialen Herkunft. Nur dann ist gewährleistet, dass sich eingewanderte Menschen langfristig in Deutschland heimisch fühlen und sich an der Gestaltung des Landes entsprechend ihrer Möglichkeiten beteiligen.

Das Zuwanderungsgesetz hatte insbesondere durch die Aufnahme des Rechtsanspruchs auf Integrationskurse richtige Signale gesetzt. Erstmals wurden mit diesen Kursen Einwanderern und Einwanderinnen Angebote gemacht zum Erlernen der deutschen Sprache und zur Orientierung in einem für sie fremden Land. Diese Signale wurden und werden positiv aufgenommen, in ihrer Wirkung jedoch nachhaltig geschwächt durch die Aufnahme weiterer Restriktionen. Diese untermauern und verstärken eher den ordnungspolitischen Charakter des Zuwanderungsgesetzes und vergeben die Chance, Zuwanderung und Integration durch Angebote zu gestalten.

Deutschland benötigt dringend Regelungen, auch um den sozialen Frieden auf Dauer zu erhalten, die auf den Erhalt von Familien abheben und dabei der Vielfalt gelebter Familienformen in Deutschland gerecht werden. Den Nachzug an soziale Herkunft sowie weitere finanzielle oder sprachliche Voraussetzungen zu knüpfen ist rückwärts gewandt und widerspricht den wenigen aber richtigen Ansätzen in dem geltenden Gesetz.

Cornelia Spohn
Bundesgeschäftsführerin

Hiltrud Stöcker-Zafari
Referentin für Beratung